

* **Amtsvorstände, die Bedienstete am Geben verhindern.** Von den Staatsbahnen wird uns folgendes Geschichtchen mitgeteilt: Es gibt jetzt keine Zeitung, die nicht in jeder Nummer in die Öffentlichkeit ruft: Spendet! Es gibt kaum eine Körperschaft, die sich nicht mit Sammeln und Wohltun befassen würde, es gibt auch kein Amt, das nicht Aufrufe erlasse, und auch keine Amtsvorstände, die nicht solche Aufrufe zum Geben unterzeichneten und dann nicht selten in der Zeitung als Förderer genannt werden. Es gibt aber auch wenige Menschen im Volke, die den so zahlreichen Rufen nicht Folge leisten. Woran es aber fehlt, ist die Förderung, die diesem Geben zuteil wird. Ein Beispiel, aber leider keine Ausnahme, erzählt man uns von dem Fahrpersonal in Wien-Franz Josefs-Bahn. Die Eisenbahnbediensteten dieses Bahnhofes sammeln seit Ausbruch des Krieges sehr eifrig für das Rote Kreuz, für die Arbeitslosen, für die Angehörigen der im Kriege Gefallenen, für die eigenen Kollegen, die in Not geraten sind; sie kaufen Kreuze und Bändchen, ihre Frauen bringen Liebesgaben zu den Zügen und haben sich, trotzdem die meisten im Nebenerwerb verdienen müssen, bereit erklärt, für die Soldaten Leibchen zu stricken; kurz, die Eisenbahner tun, was alle kleinen Leute tun, und sie können es mit besonderem Verständnis, haben doch die Verkehrsbediensteten die Not und die Schrecken des Krieges in ihrem Dienste täglich vor Augen. Die Sachwalter und Vertrauensmänner der verschiedenen Eisenbahnerorganisationen, denen ihre verschiedenen Weltanschauungen in Friedenszeiten nicht immer ein ganz friedliches Nebeneinander ermöglichen, haben sich zum gemeinsamen Wohltun zusammengesunden und sind bestrebt, es mit besten Kräften zu fördern. Sie machten aber bei ihren Sammlungen die Erfahrung, daß auch bei den Eisenbahnern das Geben nicht immer mit dem Gebenkönnen im Einklang stand, das Gebenwollen aber noch dadurch erschwert wurde, daß der größte Teil der Berufsgenossen immer dienstlich auswärts ist. Sie vereinbarten daher, dem schönen Beispiel vieler Angestellten zu folgen und für die Dauer des Krieges ein Prozent von ihrem Gehalt Kriegsfürsorgezwecken, und zwar zu gleichen Teilen dem Roten Kreuz, den Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Soldaten und für die in Not geratene Bevölkerung zu widmen. Durch Unterschriften wurde die Zustimmung jedes Kollegen eingeholt. Den auswärts zur Dienstleistung abkommandierten Kondukteuren wurde geschrieben und sie erteilten ihre Zustimmung. Eine schriftliche Mitteilung hierüber wurde dem Herrn Oberstaatsbahnrat als dem ersten Vorgesetzten des Bahnhofes mit der Bitte, den Gehaltsabzug anzuordnen, gemacht. Die Bewilligung zum Werben für diese Sache wurde bei dem diesem Zweige vorstehenden Beamten eingeholt. Ebenso wurden der Vorstand des Personalbureaus, in dessen Abteilung sich die Schlusshausfertigung der Gehaltsliste vollzieht, und die Amtskasse, deren Beamten die Auszahlung vornehmen, verständigt. Die Durchführung schien trotz der Bedenken wegen der Zuständigkeit und der notwendigen Arbeit gesichert. Vom Roten Kreuz, vom Fürsorgecomité des Kriegsministeriums und vom Ministerium des Innern Hilfsfondsabteilung, wurden Erlagscheine geholt, diese Stellen von den Beschäftigten verständigt und die Erlagscheine den Kassenbeamten übergeben. Ein Kanzleigehilfe hatte den Idealismus und arbeitete eine ganze Nacht ohne Entgelt durch, um die Abzugsposten in die Gehaltsliste einzutragen. Es kam der 1. November, es kam die Auszahlung, aber es gab keinen Abzug für Kriegsfürsorgezwecke. Auf die vielen erstaunten Fragen des Personals erwiderte der Beamte: „Das geht mich nichts an, da müssen Sie sich an die zuständigen Kompetenzen wenden.“ Die Bediensteten werden nun weiter mit Eifer die zuständigen Kompetenzen suchen und werden sie vielleicht, besonders wenn sie von den bedachten Fürsorgestellen, die durch diesen Vorgang einen Ausfall von ungefähr zweihundert Kronen haben, unterstützt werden, doch noch finden und unsere Obrigkeiten werden weiter in dem stolzen Bewußtsein leben, die in den Instruktionen vorgeschriebenen Amtspflichten erfüllt zu haben, und wenn wieder ein Aufruf zum Geben erscheint, werden sie ihn wieder unterschreiben und zu den vielen anderen an eine Wand kleben lassen.